

Zweiten vor dem ^{WGA} ersten Schritt tun ^{6.9.10}

STADTPARK WNK UWG zur Bebauung.

Die Anwohner wehren sich, und auch die SPD hat deutlich gemacht, dass sie nicht für den Bau eines weiteren Mehrfamilienhauses am Stadtpark stimmen wird (WGA; 4. September). Bauchschmerzen wird es auch bei anderen Fraktionen geben, die Ampel für das Vorhaben auf grün zu schalten.

Henning Rehse, Fraktionschef der WNK UWG, erklärte gestern dem WGA, dass sich in seinen Reihen die Geister scheiden. So seien die mit Bau- und Planungsrecht vertrauten Mitglieder, intern scherzhaft „Buddel-Abteilung“ genannt, dafür, dem Investor zwischen Dabringhauser Straße, Jörgensgasse und Schillerstraße den Weg zu ebnen. „Aber wir können dieses Thema nicht nur planungsrechtlich betrachten“, warnt Rehse.

Er zählt zu den Bewahrern, die den Stadtpark mit seinem Spielplatz unbedingt als grüne Lunge erhalten wollen. „Es könnte eine kuriose Situation entstehen“, blickt Rehse voraus. Möglich sei,

dass sich im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr (StuV) am 27. September eine Mehrheit für die weitere Bebauung findet, im Stadtrat aber gegen den dafür notwendigen Grundstücksverkauf votiert wird.

Grundstücksverkauf könnte im Rat scheitern

Als Messlatte nimmt Rehse seine eigene Ratsfraktion. Bei neun Mitgliedern der WNK UWG zeichnet sich ein 6:3 gegen die Bebauung ab. Rehse regt deshalb dringend an, in diesem Fall „den zweiten vor dem ersten Schritt zu tun“ und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Wenn der Grundstücksverkauf sowieso scheitert, müsse sich die Stadtverwaltung überlegen, ob sie mit einer entsprechenden Vorlage in den StuV gehe. Rehse will deshalb Bürgermeister Eric Weik ansprechen, ihn bitten, ein Stimmungsbild in allen Fraktionen einzuholen und zu überlegen, ob es nicht Sinn mache, das Thema direkt zu beerdigen. *AWe*

WNKUWG: Ehrenamtler ⁰⁴ sollen den Radweg bauen ^{4.9.}

WERMELSKIRCHEN (gt) Um zur Verbesserung der prekären Finanzsituation der Stadt beizutragen, macht WNKUWG jetzt einen Sparvorschlag an den Bürgermeister. Jan Paas regt an, für den Radwegbau auf der ehemaligen Bahntrasse freiwillige Bürger zu Arbeitsleistungen heranzuziehen. So könnten Kosten für den Einsatz von Baufirmen gespart werden. Außerdem regt er Patenschaften für Teilstücke des Radweges an, mit Werbeflächen für Sponsoren wie Gartenbauunternehmen und ähnliche Betriebe.

Wohnumfeld ^{WGA 7.9.10} verbessern

WNK UWG Antrag.

Wie steht es um den Wohnwert in Wermelskirchen? Wie könnte die Stadtplanung aussehen? Um dies zu klären, wird die WNK UWG am 27. September einen Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr einbringen, mit dem Ziel, das „Handlungskonzept Wohnen RBK 2020“ fortzuschreiben. Es sei dringend notwendig, einer Empfehlung des NRW-Ministeriums für Bauen und Verkehr zu folgen, meint die WNK UWG.

Darin wird geraten, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Verwaltung, des Wohnungsmarktes, Kreditinstituten und weiteren zu bilden. Ein Lenkungsausschuss könne politische Weichen stellen.

Dabei gehe es nicht um die Neuaufstellung eines Flächennutzungsplanes oder die Ausweisung von neuem Bauland. Das Handlungskonzept sollte vielmehr das Wohnumfeld verbessern. Das bedeute Parkraummanagement und Begrünungskonzepte, eine Nutzung der Industriebrache „Schulte Gelände“, Einführung eines kommunalen Bodenmanagements, infrastrukturelle Verbesserungen oder klimatechnische Bauentwicklung. *hmb*

Unabhängige ändern Namen

UWG/BfB Erleichterung durch Umbenennung.

^{WGA 6.9.10}

Die UWG/BfB wird ihren Namen auf Kreisebene ändern. Die Unabhängigen, die 2009 mit Henning Rehse (Wermelskirchen), Werner Conrad (Kürten) und Klaus-Dieter Ziepke (Leichlingen) in den Kreistag eingezogen waren, haben im erweiterten Vorstand beschlossen, sich nur noch „Freie Wähler Rheinisch Bergischer Kreis“ oder schlicht „Freie Wähler“ zu nennen.

Der Verein will den Nachteil gegenüber den prägnanten Kürzeln etablierter Parteien ausgleichen. Mit dieser Entscheidung folgt Rhein-Berg dem einheitlichen Bild, das landesweit für die

Freien gelten wird. Die UWG/BfB mutmaßt, dass ihr Einbruch bei der Kommunalwahl darauf zurückzuführen gewesen sein könnte, dass Wähler Probleme hatten, sie zu erkennen. In Odenthal und Leichlingen gibt es die UWG, in Kürten Bürger für Bürger (BfB), die BfB in Bergisch Gladbach, in Wermelskirchen WNK UWG. Sie wird sich vor Ort bei der Wahl 2014 mit dem neuen Namen präsentieren, zunächst nur als Anhang, um das WNK UWG nicht ganz aufzugeben. Eine Kommunalwahl weiter in 2019 soll es auch hier nur noch „Freie Wähler“ heißen, meint Rehse. *AWe*

Ehrenamtskarte wird vertagt

WGA
4.9.10

AUSSCHUSS Verwaltung lehnt Anreiz ab.

Anreize, ein Ehrenamt zu ergreifen, will die WNK UWG schaffen. In einem Antrag an den Rat hatte die Fraktion schon im März 2009 für eine Ehrenamtskarte plädiert in Verbindung von Stadt und Kreis. „Jeder Bürger, der freiwillig Verantwortung übernimmt und sich zum Wohle der Bürger einbringt, soll als Zeichen der Anerkennung kleinere finanzielle Vorteile genießen können“, erklärte die WNK UWG damals.

Ihr Begehrt hielt sie nach der Kommunalwahl aufrecht. Gestern Abend stand dieses auf der Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses. Mit einem für Fraktionschef Henning Rehse unbefriedigenden Ergebnis. Die Stadtverwaltung lehnt die Ehrenamtskarte nämlich ab. Nicht die Tatsache, dass es so ist, sondern wie es verkauft wurde, wurmte Rehse. Die Stellungnahme sei nicht komplett und „sachlich falsch“, tadelte der Kommunalpolitiker.

Die Verwaltung hatte festgestellt, dass der Kreis Rhein-Berg keine Ehrenamtskarte einzuführen gedenke, die Stadt daher den Antrag nicht weiter verfolgen könne. Henning Rehse, Doppelmandatsträger und im Kreistag sitzend, wunderte sich.

Er hat eindeutige Signale aus der Kreisverwaltung, dass es zwar in den Städten und Gemeinden ein uneinheitliches Bild hinsichtlich der Karte gebe, der Kreis aber durchaus ein tragfähiges Konzept wolle.

Bürgermeister Eric Weik verneinte dies strikt und meinte: „Es wird keine kreisweite Lösung geben.“ Außerdem, so hatte die Verwaltung in ihrer Ablehnung argumentiert, mache die Karte nur Sinn, wenn sie an messbare Leistungen wie Vergünstigungen geknüpft sei. Dazu müssten Firmen und Einzelhändler ins Boot geholt werden.

„Dies aber bedeutet einen erheblichen personellen Aufwand. Für diesen hat die Stadt derzeit keine Kapazitäten. Im Gegenteil, vor dem Hintergrund der angestrebten zehnprozentigen Personalkosteneinsparung sind es gerade solchen Aufgaben im freiwilligen Bereich, die künftig zurückgefahren werden müssen“, blockt die Verwaltung ab.

Eine Entscheidung wurde vertagt, weil das Bürgerforum noch Beratungsbedarf sah. Henning Rehse versprach allerdings Hartnäckigkeit: „Wir können das Thema schieben, werden es aber nicht vergessen.“ AWe

KOMPAKT

BM 10.09.10

Tiefe Löcher in den Straßen gefährden die Sicherheit

WERMELSKIRCHEN (gt) Auf nur noch eine äußerst mangelhafte Verkehrssicherheit in der Sternstraße, Hügelstraße und Sonnenstraße weist jetzt die WNKUWG-Stadtverordnete Claudia Schadt die Stadtverwaltung hin. Sie schreibt Verkehrsingenieur Peter Bärwald: „Im Zuge der Verlegung der neuen Gasleitungen durch die BEW haben sich die Straßenzustände derart verschlechtert, dass keine Verkehrssicherheit mehr gegeben ist. Es gibt unverhältnismäßig tiefe Bodenwellen, mindesten fünf verschiedene Untergründe (Teer, grober Schotter, Lehm u.s.w.), Gullydeckel sind entweder zu hoch, so dass Teer drum herum aufgetragen wurde oder sie liegen viel zu tief.“ In der Sternstraße, in Höhe des Hauses Nr. 18, sei aus der Teerdecke ein quadratisches Loch herausgeschnitten worden, welches tief und mit scharfen Kanten versehen sei.

Beklagenswerte Straßenverhältnisse

Die Verkehrssicherheit sieht Claudia Schadt (WNK UWG) in der Stern-, Hügel, Sonnen- und Unteren Sternstraße aufgrund des schadhaften Zustandes nicht mehr gewährleistet. Besonders im Zuge der Verlegung neuer Gasleitungen durch die BEW hätte sich die Situation verschlechtert. Tiefe Bodenwellen, verschiedene Untergründe und zu hoch/tief eingebrachte Gullydeckel nennt sie als gravierende Mängel. red

Gewalt an der Schule

DM
16.09.10

Politiker reagieren betroffen auf die an der **Pestalozzschule** angezeigte **gefährliche Körperverletzung**. Mehrere Fraktionssprecher wollen mit dem Jugendamt und der Schulleitung reden, einer fordert den **Rauswurf** der Täter.

VON GUNDHILD TILLMANN

WERMELSKIRCHEN Betroffen reagieren mittlerweile Politiker auf die gefährliche Körperverletzung, die an einem 14-jährigen Behinderten von vier Mitschülern der Pestalozzschule verübt worden sein soll. Wie wir am Dienstag berichteten, haben Sabine und Jörg Norbistrath für ihren Sohn Jan, der an Asperger Autismus leidet, wegen gefährlicher Körperverletzung Anzeige erstattet. Er soll auf dem Schulhof getreten, geboxt und geschlagen worden sein. Schwere Prellungen waren im Krankenhaus bei dem Jungen festgestellt worden.

„Täter von der Schule werfen“

Kurz geschlossen haben sich bereits FDP-Parteivorsitzender Dr. Werner Güntermann und Andreas Willinghöfer von den Grünen, die auch den Vorsitzenden des Schulausschusses, Klaus Seeger (CDU) einschalten wollen. Zudem soll WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse, der gestern bereits eine zornig-betroffene Stellungnahme zu dem Fall gegenüber der BM abgab, ins Boot geholt werden. Sie wollen alle am Freitag mit der Jugendamtsleiterin Birgit Ludwig-Schieffers sprechen und darauf dringen, dass Jan einen Schulbegleiter bekommt.

Henning Rehse fordert indes bereits, die Täter von der Schule zu verweisen – „und zwar schnell“, sagt er. Rehse erinnert sich an eine Debatte vor etwa drei Jahren im Schulausschuss, als es auch um Gewalt an Wermelskirchener Schulen ging. „Da ist dann aber alles unter



Sabine und Jörg **Norbistrath** haben Anzeige erstattet, weil ihr Sohn Jan auf dem **Schulhof** angegriffen und verletzt worden sein soll. BM-FOTO: G.T.

den Teppich gekehrt worden, und am Schluss hieß es überall, bei uns gibt es keine Gewalt“, bedauert Rehse den Ausgang der Debatte und befürchtet, dass ein neuerliches, politisches Aufgreifen des Themas ähnlich im Sande verlaufen könnte.

Der Politiker appelliert aber: „Der Fall von Gewalt gegenüber einem Mitschüler ist einfach nicht hinnehmbar. Überschreiten Tätlichkeiten, Mobbing und Abzocke schon gegenüber nicht behinderten Menschen die Grenze jedweden Anstands, so stellen solche Vergehen gegenüber einem behinderten



An der **Pestalozzschule** wird nach der Elternanzeige wegen gefährlicher **Körperverletzung** nun ermittelt. In einer unbeobachteten Ecke des Schulhofes soll der **14-jährige Jan** hinterrücks von zwei älteren und zwei jüngeren Mitschülern überfallen worden sein. BM-FOTO: HANS DÖRNER

Menschen eine Sauerei allergrößten Ausmaßes dar“, so Rehse wörtlich. „Gut, dass die Familie Polizei und Presse eingeschaltet und den Fall öffentlich gemacht hat“, betont der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende.

Keine Kuschelpädagogik

Und er meint: „Solche Täter verdienen keine Kuschelsozialpädagogik oder Anti-Eskalations-Strategien. Sie und mögliche Nachahmer verdienen nur ein ganz deutliches Signal: so nicht und jetzt raus!“, sagt Rehse. Schulausschussvorsitzender Klaus Seeger sagte im BM-Ge-

spräch gestern, er werde sich auf jeden Fall an einem Gespräch mit dem Jugendamt beteiligen: „Es ist besonders schade, dass dies an einer Schule passiert ist, die eigentlich für ihre gute Arbeit bekannt ist“, sagt Seeger. Aber dieser Fall habe eine bisher nicht gekannte Dimension, da ein Hilfloser angegriffen worden sei. Deshalb müsse der Fall auch öffentlich gemacht werden, um mögliche weitere Gewalttaten zu vermeiden.

KOMMENTAR/FRAGE DES TAGES

Vorbericht unter www.rp-online.de/wermelskirchen

rga.Heute

„Sauerei allergrößten Ausmaßes“

Der Fall des 14-jährigen Pestalozzischülers Jan Norbistrath (Foto: Keusch; gestrige WGA-Ausgabe) wirbelt viel Staub auf. Auch die Politik ist entsetzt über Gewalt gegenüber Mitschülern. Henning Rehse, Fraktionschef der WNK UWG, erklärt in einer Pressemitteilung: „Überschreiten Tätlichkeiten, Mobbing und Abzocke gegenüber nicht behinderten Menschen die Grenze jedweden Anstands, so stellen solche Vergehen gegen-



über einem behinderten Menschen eine Sauerei allergrößten Ausmaßes dar. Übergriffe gerade gegenüber Behinderten zeigen, dass die Täter null Respekt vor dem Mitmenschen und Mitgefühl für seine Situation haben.“

Gut, dass die Familie Polizei und Presse eingeschaltet und den Fall öffentlich gemacht habe. Rehse sieht aber auch die Pestalozzischule in

der Pflicht: „In einem solchen Fall von null Respekt sollte die Schule mit null Toleranz reagieren.“ Zu seinen Schulzeiten habe sich bei Vergehen solcher Dimension der Schulverweis als effektives Mittel erwiesen. „Solche Täter verdienen keine Kuschelsozialpädagogik oder Antieskalationsstrategien. Sie und mögliche Nachahmer verdienen nur ein deutliches Signal: So nicht und jetzt raus!“ Es gäbe Grenzen, die unter keinen Umständen überschritten werden dürfen. red

FRAGE DES TAGES

GESTERN HABEN WIR GEFRAGT

Sollen die Täter, falls sie überführt werden, die Schule verlassen müssen?

SO HABEN SIE ABGESTIMMT

JA 74 Prozent
NEIN 26 Prozent



KOMPAKT

BH 20.09.10

Rehse meldet sich erneut zu Gewalt unter Schülern

WERMELSKIRCHEN (nau) Der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende Henning Rehse hat sich erneut mit einer Stellungnahme zu dem Fall von Jan Norbistrath zur Wort gemeldet. Familie Norbistrath hatte für ihren 14-jährigen Sohn Anzeige erstattet, da dieser in der Pestalozzischule verletzt worden war. Darauf, dass Jan nun die Schule wechseln wird, reagierte Rehse mit Kritik. „Ist es eigentlich für die aktuell agierende Pädagogik so schwer erkennbar, dass Benehmen, Ordnung und Disziplin nur dann durchsetzbar sind, wenn Instrumentarien zu deren Durchsetzung vorhanden sind und auch eingesetzt werden?“, fragt er. Er fordert eine Art „Null-Toleranz-gegen-Chaoten-Projekt“, bei dem Schüler eindeutige Konsequenzen für Fehlverhalten spüren.

BH 20.09.10

WNKUWG: Konzept für attraktiveren Wohnort

WERMELSKIRCHEN (nau) Für die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt (Stuv, 27. September) wünscht sich WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse die Beratung über ein kommunales Handlungskonzept für einen „noch attraktiveren und lebenswerteren Wohnstandort“ Wermelskirchen. Angelehnt sein soll dieses an das „Handlungskonzept Wohnen RBK 2020“ auf Kreisebene. Dazu wünscht sich die WNKUWG sowohl eine Arbeits- als auch eine Lenkungsgruppe, die ein solches Konzept und „notwendige politische Entscheidungen“ vorbereitet.

Nicht erst Tote und Schwerverletzte abwarten

LANDSTRASSE 409
Tempo-Limit soll
in Dhünn nicht
möglich sein –
WNK UWG stellt
neuen Antrag.

WG A 23.09.10

Von Thomas Wintgen

Die Stadtverwaltung und die Polizei stimmen dem Antrag der WNK UWG nicht zu, das Tempo zwischen Habenichts und Ortseingang Dhünn auf 50 km/h zu beschränken. Verkehrsingenieur Peter Bärwald berichtete im Ausschuss für

Stadtentwicklung und Verkehr, der Betriebshof habe die Sicht im Bereich der Kreuzung Alte Straße / Neuenweg verbessert.

Technischer Beigeordneter Dr. André Benedict Prusa sicherte zu, die Schulwegsicherung verschärft im Auge zu behalten und die Haltestelle etwas weiter östlich einzurichten, damit sie aus der Kurve heraus besser eingesehen werden könne. Wenn nichts greife, könne man auch über eine Überquerungshilfe nachdenken. Bärwald erinnerte daran, dass es vor Jahren schon eine Geschwindigkeitsbegrenzung gegeben habe; die sei aber nach dem Ausbau der L 409

aufgehoben worden.

Dietmar Paulig (Grüne) hätte dem Antrag zustimmen können, weil der Verkehr „deutlich zugenommen“ habe. Er wundere sich, weshalb ein Tempo-Limit auf der L 409 nicht möglich sein solle, wo es das auf der L 101 durchaus gebe.

„Was nicht überwacht wird, nutzt auch nichts“, sagte Manfred Groß (CDU). Rüdiger Bornhold (WNK UWG) regte zumindest Schraffuren auf der Straße, entsprechende Absicherungen mit Baken und regte auch an, den Experten von Straßen NRW „auf die Füße zu treten“.

Die hatten in einer Ver-

kehrsbesprechung darauf hingewiesen, dass 50 oder 70 km/h nur angeordnet werden könne, wenn dies „auf Grund besonderer Umstände zwingend geboten“ sei. Das Unfall-Lagebild für den Bereich zwischen Habenichts und Dhünn weise weder Häufungen noch andere Besonderheiten aus. Und weil die Strecke oberhalb von Dhünn zunächst sehr kurvig sei, könne auch nicht zu sehr gerast werden.

Die WNK UWG ärgert sich kolossal über die Ablehnung. Sie stellt für die nächste StUV-Sitzung einen neuen Antrag. Wenn 16 Unfälle in drei Jahren nicht folgenschwer genug seien, bedeute das, „dass erst

Schwerverletzte und Tote abgewartet werden müssen“. Die Fraktion glaubt, dass ein „verkehrsgerechter Ausbau der L 409“ für alle mehr Sicherheit bedeuten würde.

Ferner gebe es Gefahrenlagen durch Begegnungsverkehr zwischen Lkw/Bus und PKW. Die Fraktion möchte geprüft wissen, zwischen Wickhausen und Neuenweg einen befestigten Verbindungsweg für Fußgänger und Radfahrer zu bauen. Ein zwingender Grund für ein Tempo-Limit könne – von April bis September jedenfalls – im Übrigen schon durch starke Lärmbelästigung durch Motorradfahrer vorliegen.